

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.80 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfach 100 Hannover 67 877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
100 Hannover 67 877.

Nr. 216.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 16. September 1931.

13. Jahrgang.

Je ärmer wir werden, desto reicher sollen wir im
Geben sein.
F. v. Bodelschwings

Junge Generation und Wirtschaftskrise!

Als aufmerksamer Leser des „Aufwärts“ nahm ich auch von den in Nr. 203 unter obiger Überschrift erschienenen Ausführungen Kenntnis. Gewiß ist es richtig, was Herr Karl von Enderb von dem nicht zu erfassenden Strudel der Ereignisse sagt. Er hat recht, wenn er feststellt, daß heute unsere prominenten Wirtschaftsführer in der Reorganisation des Wirtschaftslebens versagen, daß es anscheinend unmöglich ist, von der Wirtschaftsführung her, neue Wege zu finden. Auch seiner Folgerung: „nur wer innerlich bereit ist, alle Werte umzuwerten zu lassen, kann überhaupt im deutschen Gegenwarts-geschehen noch einen Sinn finden“, stimme ich zu. Aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Herr von Enderb dem Ausgangspunkt des Umwertens keineswegs gerecht wird.

Er behauptet „gehungert muß werden!“ Dieser Forderung könnte ich zustimmen, wenn unsere Erde nicht genügend Lebensmittel hervorbrächte. Aber die diesjährigen Meldungen der Ernteergebnisse wissen von einem vielfachen Mehrertrag zu berichten. So wären wir in der Lage, alle unsere Volksbrüder satt zu machen. Trotzdem hungern schon Hunderttausende unserer Ärmsten, ich möchte sagen, trotz voller Scheunen. Kann das der Sinn einer vernünftigen „Volkswirtschaft“ sein? Ist das der Sinn unserer leistungsfähigen Industrie, daß der größte Teil unseres Volkes nicht mehr Industrieerzeugnisse kaufen und benutzen darf? Ist der Sinn der menschlichen Erfindungen der, brachzuklagen und nicht dem Mitmenschen zur Ausgestaltung des Lebens zu dienen? Ja, warum soll denn gehungert werden, warum sollen wir denn verzichten, warum sollen wir uns denn einschränken? Hier lautet die Antwort unserer kapitalistischen eingestellten Wirtschaft: „Die heutige Gelddecke reicht nicht aus, die Ansprüche zu befriedigen. Das „Blut“ der Wirtschaft genügt nicht.“ Unsere Wirtschaft scheint also an „Blutarmut“ zu leiden. Noch niemals habe ich die Antwort gefunden, daß unsere Rohmaterialien, unsere Erzeugnisse nicht ausreichen. Also müssen wir Menschen uns dem von Menschen geschaffenen Tauschmittel „Geld“ unterordnen. Sollte es nicht umgekehrt sein? Soll, weil es dem heutigen Wirtschaftssystem nicht möglich ist, die Ansprüche der Volkswirtschaft zu befriedigen, der Satz in Erfüllung gehen, daß 20 Millionen Deutsche zuviel sind? Ich sehe im Aufsatz des Herrn von Enderb doch immer wieder den Ausdruck des heutigen „Geld-denkens“. Wenn die Forderung erfüllt würde, daß wir unter Verzicht auf alle Bequemlichkeit, ja, auf das Notdürftigste an unserer Zukunft arbeiten sollten, könnte nach meinem Empfinden der Fall eintreten, daß unsere Wirtschaft eines Tages ganz still stünde. Die Folge der Einschränkungen, der geschwächten Kaufkraft unseres Volkes, zeigt sich doch heute schon in dem Absterben ganzer Industrien. Je weniger gekauft wird, um so weniger kann hergestellt werden, um so weniger Arbeitsgelegenheit ist vorhanden. Es würde also das eintreten, was ich oben schon sagte, alle Erfindungen und Wirtschaftseinrichtungen würden sinnlos. Das kann und darf nicht sein! Hier muß die Umwertung erfolgen! Der Mensch muß wieder „Wert“ erlangen. Sinnlos ist nach meiner Erfahrung die Einrichtung der heutigen Geldwirtschaft, die das Geld zum Herrscher des Menschen macht. Obwohl wir in unserem Lande genügend Rohstoffe, genügend Maschinen, genügend Arbeitsmöglichkeiten haben: „man denke an die stillliegenden Eisenerze und Kohlengruben, an die Ziegeleien und Fabriken, die ihren Betrieb einstellen, an die Textilfabriken, die wegen Mangel an Aufträgen schließen, an die Wohnungsnot und das Wohnungselend, an die deutschen Bauern, die ihre Erzeugnisse ohne einen Pfennig Verdienst loschlagen müssen, wegen Überfluß in der Ernte“, müssen Millionen unserer Volksgenossen die Hände ruhen lassen, können Millionen sich nicht sattessen. Die Ursache der Not ist die Vergötzung des Geldes. Der Volkserzieher Berthold Otto zeigte in einem Aufsatz im „Aufwärts“ neue Wege, Wege, die uns aus dem Chaos unserer Wirtschaft hinausführen. Gerade der „Aufwärts“ ist es ja auch, der als eine der wenigen Zeitungen sich mit diesen Fragen beschäftigt hat. Wenn ich nun die Schlussfolgerung aus obigen Zeilen für uns von der jungen Generation ziehen soll, dann muß es unsere Aufgabe sein, an der Überwindung der durch die Ueber-

bewertung des Geldes entstandenen Volksnot durch Erziehung unserer heranwachsenden Jugend zu klarem Denken, zu „volkswirtschaftlicher“ Einsicht zu helfen. Es muß unsere Aufgabe sein, das Wertvollste des Menschen zur Grundlage der Wertung, des Anteils des Einzelnen an der Volkswirtschaft zu machen, die Arbeitskraft. Die Volkswirtschaft Berthold Ottos zeigt die Wege dazu. Ich rede damit keineswegs dem Scharleben das Wort; sondern sehe gerade in der Volkswirtschaft die Möglichkeit der gerechteren Verteilung der Wirtschaftserzeugnisse. Ich glaube, durch Einführung der „Arbeitsmark“ (kein Geld im heutigen Sinn) könnten die ungeheuren Gegensätze zwischen arm und reich, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen Stadt und Land ausgeglichen werden.

Pflicht der jungen Generation ist, für eine „vernünftige“, „Volkswirtschaft“ zu sorgen. Darum fort mit der „Gold-Geldwirtschaft“, her mit der Volkswirtschaft.

A. B.

Nochmal zur „Wära“.

In Nr. 208 des Aufwärts hat B. K. auf meine Ausführungen bezüglich der Wära geantwortet. Wie B. K. betont, daß er nur der Klärung der Sache dienen wolle, so möchte auch ich daselbe für mich in Anspruch nehmen. Es ist mir eine Freude, daß ich mit B. K. zusammen in diesem Sinne der Klärung des wirtschaftlichen Denkens dienen kann.

Seit 12 Jahren bin ich Anhänger S. Gefells. Trotzdem gehöre ich keiner Organisation der Volkswirtschaft usw. an und freue mich, daß ich mich in keine Parteifackel habe einengen lassen, so daß ich heute ungebunden wirklich der Sache diene und nicht auf Parteiprestige schauen und achten muß.

Es drehte sich also darum, ob durch die Wära eine Inflation entstehen könnte. Ein Führer der Wäraaktion teilte mir folgendes mit:

1. Die Reichsmarkbeträge werden benutzt, um Wära dort zurückzukaufen, wo der Kreislauf noch nicht geschlossen ist.

2. Der Rest wird auf Postcheck- und Bankkonten bereitgehalten. Ein Teil der Reichsmark wird neben der Wära in den Verkehr gebracht, so daß augenblicklich eine Vermehrung der Zahlungsmittel stattfindet. Das ist beabsichtigt, um der Deflation entgegenzuwirken. Sobald eine genügende Menge Zahlungsmittel vorhanden ist, wird Wära nicht mehr ausgegeben.

B. K. hat also insofern recht, daß ein Teil der Reichsmark neben der Wära in den Verkehr kommt. Seine Befürchtung bezüglich der Inflation ist aber gar nicht begründet; denn die Reichsbank tut mehr als nötig, um die Golddeckung zu steigern, das heißt, die Deflation zu verschärfen. So wirkt die Wära krisenmildernd. Sollte die Wära von weitesten Volkskreisen benutzt werden, wird die Leistung der Wära jedes Mißbrauchs verhindern. Wie gesagt, eine Inflation unter den Gesichtspunkten der Wäraaktion ist nicht gegeben; denn die Ausgabe der Wära erfolgt nur bis zu dem Punkt, wo die Stabilität gewährleistet ist.

Nun auch etwas zu Schwanenkirchen. Die „Freiwirtschaftliche Presse“ scheint etwas zu rührig zu sein im Kampfe gegen die Wära. Es ist doch ganz klar, daß eine Geldreform den heutigen Geldgewaltigen größte, ja, allergrößte Sorge macht. Schwanenkirchen hat bis nach Amerika die Geldherrscher aufhorchen lassen. Was Wunder, wenn dann jene Herrscher Kampf bis zur Vernichtung predigen und ausführen lassen! In Hamburg hat die Kriminalpolizei, wie mein Gewährsmann mir mitteilt, Kriminellen vor der Wära gewarnt, so daß dieselben nicht mehr mitmachen. In Berlin ist eine Hochfinanzkonferenz gewesen, bei der 30 000 RM zum Gegenkampf bewilligt wurden. Eine Banken- und Sparkassenorganisation ist in Süddeutschland zum Gegenkampf organisiert. Zwei größere Kaufhäuser, die Bankfilialen besitzen, haben Wära bereits soweit an sich gebracht, daß der Kreislauf gestört und Hebecker nun keine Wära zum Lohnzahlen hatte und in Reichsmark lohnen mußte. Ich bin überzeugt, daß das erst der Anfang des Kampfes ist. Daß die Wäraaktion also stökt, ist nicht ein Zeichen von inneren Mißständen der Sache, sondern eine Folge des Gegenkampfes. Alle Geldreformer sollten sich also nicht in jene Reihen stellen, sondern das Reformwerk fördern, auch wenn es nicht das eigene Beginnen ist. Die lieben Aufwärtsleser haben gewiß noch in Erinnerung, daß seinerzeit die Bauparkassen auf alle mögliche Weise bekämpft wurden, besonders die zinslos arbeitenden. Die bedeutendste, die Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft, wäre beinahe zertrümmert worden. Der ge-

funde Sinn der Bauparker wehrte aber den Vernichtungsschlag ab. Nun sieht man die Gegner den Bauparkassen nachahmen. Ähnlich ist der Kampf gegen die Wära anzusehen.

Nun noch einige Bemerkungen zu B. K.'s Behauptung, S. Gefell habe nie seine Zustimmung zu einer Teilreform gegeben. Ich habe in Gefells Schriften diese Meinung nicht gefunden. Vielleicht darf ich B. K. um Angabe einer diesbezüglichen Schrift bitten. Nach reiflicher Überlegung möchte ich sagen, daß wohl eine Geldreform ohne Bodenreform, aber niemals eine Bodenreform in Gefells Sinne ohne Geldreform möglich ist. Selbstverständlich wäre eine gleichzeitige Lösung der beiden Probleme ohne Zweifel segensreicher. Ich glaube, daß eine 100-prozentige Lösung bis auf weiteres nicht möglich sein wird. Die Gegenwart begünstigt unbedingt die Geldreform. Unser Volk hat bis tief in die SPD hinein — die allerdings amtlich alles totschweigt, was in Leipzig über die Geldfrage geredet wurde — die Überzeugung, daß unser Geldwesen unser Unglück herbeigeführt und deshalb reformiert werden muß. Mein Gewährsmann ist ein persönlicher Freund Gefells gewesen. Er teilt mir mit, daß Gefell mündlich und in Denkschriften für Teile seiner Reform sich eingesetzt habe, um schrittweise vorwärts zu kommen. So scheint die „Freiwirtschaftliche Richtung“ doch wohl nicht unumstritten Gefells Meinung für sich in Anspruch nehmen zu können. — Wir aber gehen nicht um den kurzen oder langen Weg, sondern allein um das Ziel. Dem Ziele Gefells aber strebt — so bin ich zur Stunde noch fest überzeugt — die Wära zu.

S. K.

Die Leipziger Reichstagung des Christlich-sozialen Volksdienstes.

Die Reichstagung des Christlich-sozialen Volksdienstes findet vom 19. bis 21. September 1931 in Leipzig statt. Zu den Beratungen werden Vertreter der Antirevolutionären, der Christlich-historischen Partei aus Holland und der Evangelischen Volkspartei der Schweiz erscheinen. Durch diese Anteilnahme hat zum ersten Male eine politische Gruppe, die nicht international eingestellt ist, über die Grenzen des großdeutschen Raumes eine Solidarität politischer Gruppen hergestellt.

Auf der Leipziger Tagung spricht der 1. Vorsitzende des CSVD, Reichstagsabgeordneter Simpfendorfer, über das Thema: „Der Volksdienst im Revisionenkampf“, und Herr Hülfert, Herausgeber der „Täglichen Rundschau“ und 2. Vorsitzender des CSVD, behandelt das Thema: „Der Volksdienst inmitten der Partei-Umgruppierungen“. Nach den Vorträgen findet eine Aussprache statt, die durch einzelne Beratungen in fachlichen Arbeitsgemeinschaften noch ergänzt werden soll.

Ein Feldzug für den Wein in den französischen Schulen.

Der Minister des öffentlichen Unterrichts, Mario Roustan, richtete vor einigen Tagen an alle Lehrer ein Rundschreiben, um ihnen zu empfehlen, die Propaganda zu Gunsten der französischen Weine kräftiger zu gestalten. Denn „diese Weine sind gleichzeitig eine der bewundernswürdigsten Reichtumsquellen unseres generösen Bodens, wie auch einer unserer sichersten Nahrungsmittel“. Es gehört also zur Pflicht der Lehrer, den Wein zu verteidigen, dadurch werden sie den Alkoholismus bekämpfen, denn wer den Alkohol bekämpfen will, muß den mäßigen Weingenuß fördern. Sobald der Mensch aufhört, Wein zu trinken, greift er zum Branntwein oder, was noch schlimmer ist, zu verhängnisvollen Betäubungsmitteln (Morphium, Cocain, Heroin usw.). Der Minister endet mit diesen Worten: „Man wird nie genug gegen die verheerende Macht des Alkoholismus kämpfen; die Weinpropaganda ist ein Glied in diesem notwendigen Kampf.“

Die Millionen von Leuten, die, in Europa und anderswo, keinen Wein genießen, werden dem Minister für kühne Behauptung dankbar sein, daß sie notwendigerweise zu Anhängern des Branntweins und der narкотischen Mittel werden müssen und werden ihn bitten, die Tatsachen bekannt zu geben, auf die er sich stützt. Die Theorie des Herrn Roustan, der im Weingenuß ein erprobtes Mittel im Kampfe gegen den Alkoholismus sieht, ist grundfalsch: einerseits ist der Wein für einen Teil des herrschenden Alkoholismus verantwortlich, so daß in gewissen weinbaugebenden Ländern der Alkoholismus vor allem ein Weinalkoholismus ist. Dann hemmt der Weingenuß nicht den Branntweinverbrauch;

den Beweis dafür liefert Frankreich selbst, das den größten Weinverbrauch in der ganzen Welt aufweist (150 Ltr. jährlich pro Kopf), was es aber nicht hindert, eines der Länder mit dem höchsten Branntweinkonsum zu sein, mehr als Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Großbritannien, alles Länder, in denen der Weingenuss sehr wenig verbreitet ist.

Aber, wie das französische Blatt „Le Temps“ in einem Aufsatz mit dem Titel: „Erziehungskunst in der Flasche“, ironisch bemerkt: Herr Minister Roustan ist Senator des Departements Hérault, in dem die Weinkrisis akut ist, und wenn man Wähler hat, muß man doch ihnen dienen.

Diakonen im Dienst.

Der 8. Deutsche Diakonentag.

Auf dem im Stephansstift zu Hannover stattfindenden 8. Deutschen Diakonentag waren außer den Vertretern aus allen 19 deutschen Brüderhäusern, aus Dänemark, der Schweiz, Holland, Polen und Österreich Vertreter der Landeskirche, der Provinzialverwaltung und des Magistrats erschienen. Nachdem die Vertreter der ausländischen Brüderverbände ihre Verbundenheit mit den deutschen Brüdern in herzlichen Worten zum Ausdruck gebracht hatten, sprach Generalsuperintendent D. Kalmus-Stettin, gleichzeitig Vertreter des Evangelischen Oberkirchenrats, über: „Warum braucht die Kirche neben dem Pfarramt noch ein diakonisches Amt?“ Der Hinweis auf drei Punkte zeigte eindrucksvoll die Unentbehrlichkeit des Diakonates für die gesamtkirchliche Arbeit der Gegenwart: Bei dem durch die Entwicklung der Großstädte in weiten Siedlungsgebieten bedingten Mangel an kirchlicher Versorgung kann allein die Arbeit der Diakone als Pioniere des Evangeliums das drohende Verderben abwenden; ferner kann nur diakonische Arbeit bei den zahlreichen nichtbesetzten Pfarrstellen verhindern, daß hier das kirchliche Leben einer völligen Zersetzung ausgeliefert wird; schließlich ergibt sich aus der Trennung von Schul- und Kirchenamt die Notwendigkeit, vorgebildete Diakone als Küster und Organisten, sowie als Religionslehrer in die Berufsschulen zu rufen.

In einem christlichen Volksabend, der durch zahlreiche Beteiligung weite Kreise der Stadt die enge Verbundenheit der Gemeinde mit dem Diakonaten bewies, erläuterte Pastor Büchel in einleitenden Worten die Bedeutung des „Dienstes“, der durchaus keine Selbstverständlichkeit sei, sondern immer wieder restlose Hingabe und Selbstüberwindung fordere.

Ein Diakonengottesdienst mit Abendmahlsfeier, in dem Landesbischof Wbt D. Marahrens die Predigt hielt, beschloß die Tagung.

Ein rühmliches Beispiel

und ein unrühmlicher Vorgang.

Die Stadtverwaltung der Universitätsstadt Tübingen hat den Verkauf aller ausländischen Obstes auf ihrem Markt verboten. Wahrlich, sehr zeitgemäß in einem Jahr, wie dem heutigen, in welchem der Landwirt kaum Absatz findet für die Fülle seines Obstertrages und es zu Schleuderpreisen verkaufen muß.

Was soll man aber sagen zu dem Verhalten der deutschen Reichsbahn, die für die Einfuhr jugoslawi-

schen und tschechoslowakischen Obstes billige Sondertarife eingeführt hat, dem süddeutschen Landwirt aber nicht dieselbe Förderung angedeihen lassen zu wollen scheint, wenn er sein Obst nach Norddeutschland verschiften will. Alljährlich werden zwar im Herbst für Versand von Obst und ähnlichen Erzeugnissen billige Tarife gewährt. Aber diese müssen jetzt schon in Kraft treten, nicht erst am 1. Oktober.

Der Zwang zum Sparen.

Presseempfang bei Höpfer-Wschoff. — Die Befolgungserhöhung von 1927 wieder restlos beseitigt.

Der preußische Finanzminister Dr. Höpfer-Wschoff erläuterte vor einem Kreis Pressevertreter die Sparverordnung des Staatsministeriums. Nach den Ausführungen des Ministers ist der Haushaltsplan bis zum Jahre 1930 in Ordnung gewesen. Dann sei die Wendung eingetreten. Am 1. April 1931 sei ein Fehlbetrag von 204 Millionen Mark vorhanden gewesen. Verschleiert worden sei die Lage durch den Rückgang der Reichsüberweisungen, der für 1931 auf 118 Millionen Mark geschätzt werde, durch einen Einnahmeausfall in Höhe von 70 Millionen Mark bei der Betriebsverwaltung, insbesondere bei der Fortbewirtschaftung, und durch die zu erwartenden Ausfälle bei der Hauszinssteuer. Letzterer Ausfall müsse durch eine andere Verteilung des Hauszinssteuereinkommens gedeckt werden. Die Ersparnisse bei den Sachausgaben schätzte der Minister für 1931 auf 50 Millionen Mark.

Die Personalausgaben Preußens, so führte der Minister weiter aus, sind durch die erste Gehaltskürzung um 8,4 Millionen, durch die zweite Gehaltskürzung um 7,3 Millionen gesenkt worden; sie werden durch die heutige Sparverordnung um weitere 46 Millionen gesenkt, alles auf das Jahr berechnet. Wenn man bedenkt, daß die Befolgungserhöhung des Jahres 1927 einen Mehraufwand von 201 Millionen erforderte, so sieht man, daß dieser Mehraufwand durch die drei Gehaltskürzungen restlos beseitigt wird und erkennt die Größe des Opfers, das den Beamten zugemutet werden muß.

In Erläuterung der Sparverordnung betonte der Minister noch, bei den Sparmaßnahmen habe man von einer allgemeinen Gehaltskürzung abgesehen und sich darauf beschränkt, die Ausführenden zu verlängern, die Bezüge der außerplanmäßigen Beamten zu kürzen und die Zulagen zu kürzen oder ganz zu beseitigen.

Die beiden ersten Maßnahmen würden auch im Reich durchgeführt werden. Außerdem würden von Reich wegen mit unmittelbarer Wirkung für die Länder und Gemeinden die Pensionen von 80 auf 75 Prozent des Gehaltes gesenkt und damit auf den Stand der Vorkriegszeit zurückgebracht.

Die Gemeindebesoldungen würden noch durch eine strenge Nachprüfung auf das Maß der staatlichen Besoldung herabgedrückt; hierbei sollen für die Bezüge der Wahlbeamten die der Öffentlichkeit bereits bekannten Richtlinien gelten. Bei den Notaren, deren Gebühren bisher nicht betroffen seien und die auch der Gewerbesteuer nicht unterworfen werden könnten, solle der Staat in Zukunft an den Gebühren, die im Einzelfall 500 Reichsmark nicht übersteigen, beteiligt werden.

Verkleinerung des Staatsministeriums.

Eingehend behandelte der Minister dann noch die Verringerung der Lehrerbefolgung. Die Sparverordnung über die Verkleinerung des Landtags ergänzte er dahin, daß auch das Staatsministerium entsprechend verkleinert wird.

gefunden. Hinter einem Bretterverschlag im Flure vor der Tür schlief das junge Ehepaar. So ähnlich sind die Verhältnisse in den allermeisten dieser Wohnungen. Überall ein Häuflein Menschen in einem einzigen größeren oder zwei ganz kleinen Räumen, die alles sind, was diese 2000 Menschen als Heim ihr eigen nennen.

Und doch haben die dort draußen manches, worum sie der Mieter einer Stadtwohnung beneiden könnte. Luft und Licht ist reichlich da, weit mehr als in den Straßen und Hinterhöfen der eigentlichen Stadt. Vor allem aber sind die großen Kasernenplätze in Gärten verwandelt. Eine jede Familie hat da ihr Gärtchen, und wir freuen uns an der Pracht von Dahlien und Stockrosen, die dort mit Liebe gezogen sind. Sogar Kleintierzucht wird getrieben. Eine ganze Reihe von Hühner- und Kanarienvogelställen sind in den Gärten entstanden. Da und dort schnattern sogar ein paar stolze Gänse. Wo irgend nur ein Fleckchen Erde verfügbar gewesen, sind Beete angelegt, und vor den Fenstern ranken sich in Kästen farbenfrohe Geranien, Petunien und Hängengelken. Die Wanderung durch diese Baracken und Gärten ist uns wie eine stumme, ergreifende Predigt von der Liebe des deutschen Mannes, der deutschen Frau zur eigenen Scholle. Zugleich scheint sie uns aber auch ein starkes Zeugnis gegen den Kommunismus. Wir haben Gelegenheit, eine ganze Reihe der Notwohnungen zu besuchen. Die allermeisten ihrer Bewohner sind Unterstützungsempfänger, haben also über annähernd die gleichen Mittel zu verfügen und leben unter gleichen Lebensbedingungen. Und doch — wie verschieden sind die Eindrücke, die wir in den Wohnungen empfangen. Hier ist es sauber und freundlich, die Möbel praktisch und zweckentsprechend hingestellt, sodaß wir gerne der Aufforderung der Hausfrau folgen und eine Weile bei ihr ruhen. Dort wieder bietet sich ein Bild von Armut und Unordnung, das uns erschüttert und wir nur tiefstes Mitleid mit den armen Leuten haben können. Es ist dem Menschen doch unveräußerlich angeboren, sich seine Umwelt seinem Wesen nach zu gestalten, und jedes Gleichmachemollen ist ein Sündigen gegen die Schöpfungsordnung und muß schließlich immer mit einem Mißerfolg enden.

Was wir bisher von den Massenquartieren gesehen, ist aber nur ein Vorspiel zu dem, was uns im eigentlichen Obdachlosenasyll erwartet. Wir gehen noch ein Stück die Straße hinunter und kommen zu

Aufruf zur Winterhilfe.

Wohlfahrtsverbände und Reichsregierung appellieren an das deutsche Volk.

Unter dem Motto „Wir wollen helfen!“ erlassen die Verbände der freien Wohlfahrtspflege einen gemeinsamen Aufruf zur Winterhilfe, in dem sie in eindringlichen Worten alle Schichten der Bevölkerung zur Mithilfe bei der Überwindung der ungeheuren Not im kommenden Winter aufrufen. Geld, Lebensmittel, Kleider, Wäsche, Holz und Kohlen, alles wird entgegengenommen. Etwas zu geben hat jeder. Wer sonst gar nichts hat, hat noch seine Zeit und seine Hände, um mitzuhelfen, daß von dem, was andere geben können, nichts umsonst und an Ort und Stelle gebracht wird. An allen Orten, in allen Bezirken, Provinzen und Ländern werden Sammelstellen eingerichtet.

Das Geleitwort der Reichsregierung.

Reichspräsident und Reichsregierung unterstützen den Aufruf der Wohlfahrtsverbände mit folgendem Geleitwort:

„Die außerordentliche wirtschaftliche Notlage, die gegenwärtig die ganze Welt heimsucht, hat unser Vaterland besonders hart getroffen. Wir werden diese Nöte überwinden, wenn das Volk in Hilfsbereitschaft und Opfermuth zusammensteht.“

Reichspräsident und Reichsregierung richten daher an alle, die helfen können, die dringende Bitte, dem Aufruf zur Winterhilfe bereitwillig Folge zu leisten.

Es geschieht dies auch in der Hoffnung, daß solche Liebestätigkeit zur inneren Verjüngung unseres Volkes beitragen möchte. Die Hilfe soll die große Not lindern, aber es soll auch neues menschliches Vertrauen schaffen unter den deutschen Volksgenossen selbst und für das deutsche Volk in der Welt.“

Drei neue Ratsmitglieder.

Spanien wiedergewählt. — China und Panama neu in der Rat entsandt.

— Genf, 15. Septbr.

Die Herbstversammlung des Völkerbundes nahm die Erwahlung für die drei turnusgemäß ausscheidenden nichtständigen Ratsmitglieder Spanien, Persien und Venezuela vor. Guatemala, das seinen Sitz aus Erparnisgründen niederlegen wollte, hat sich in letzter Minute eines anderen besonnen, so daß sein Sitz nicht zu vergeben war. Spanien, das vor drei Jahren für wiedergewählbar erklärt worden ist, wurde mit 43 von 48 Stimmen wiedergewählt. Neugewählt wurden China mit allen 48 Stimmen und Panama mit 45 Stimmen.

Auf Anregung der Haushaltskommission beschloß die Versammlung dann, die Ausschüsse zur Prüfung der Frage von Erparnismaßnahmen aufzufordern.

Der Völkerbundsrat stimmte dem Bericht des Kreditausschusses, der die Auflegung von Staatsanleihen unter Mitwirkung des Völkerbundes betrifft, zu. Der Bericht beschränkt sich im wesentlichen auf eine Empfehlung des bisherigen Verfahrens, ohne dem französischen Verlangen Folge zu geben, wonach künftig die ganze internationale Kreditgewährung unter die Auspizien des Völkerbundes gestellt werden solle. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde noch der Antrag auf Gewährung einer Anleihe für das Saargebiet dem Finanzkomitee zur Prüfung überwiesen.

Verlängerung der Steueramnestiefrist.

— Berlin, 15. Septbr. Das Reichsfinanzministerium gibt bekannt, daß die Steueramnestiefrist auf jeden Fall bis zum 16. Oktober allgemein verlängert wird. Dies gilt auch für die Abgabe der Vermögenserklärung 1931.

einem weiten Kasernenplatz, der seine einstige Gestalt noch unverändert bewahrt hat. Umgrenzt wird der Kasernenplatz von drei Seiten von langgestreckten, niedrigen Gebäuden, alles einstigen Ställen und Scheunen. Hier leben jetzt zumeist die, welche aus ihren Wohnungen wegen rückständiger Miete ausgesiedelt sind und für die kein eigenes Zimmer bereitgestellt werden konnte. In zwei großen Sälen, zu denen noch ein Kinderzimmer und einer für Mütter mit Säuglingen kommt, schlafen hier 161 Männer, Frauen und Kinder. Kein Räumlein nennen sie auf der ganzen Welt ihr eigen, von dem sie sagen können: „Hier bin ich daheim.“ Kein Fleckchen, wo der Mann seine Frau umarmen, wo das Kind unbeobachtet sich an Vater und Mutter schmiegen kann, wo nicht fremde Augen in den Suppentopf, in den Teller auf dem Tisch mit neidischen und scheelen Blicken sehen.

Als Tagesraum dienen zwei große Säle, einstige Ställe für kranke französische Pferde. 19 Familien halten sich in dem einen, 27 in dem anderen auf. Nicht einmal einen eigenen Tisch kann jede Familie haben. Meist müssen sich je zwei in einem Tisch und die zwei langen ungestrichenen Tannenhölzchen davor teilen. Ein kleiner Vorratsschrank ist das einzige, was sie an persönlichem Eigentum bei sich haben können. Noch gleichförmiger sind die Schlafplätze. In langen Reihen steht im Frauenaal Bett an Bett, ohne daß auch nur für einen Stuhl, für einen Tisch Raum da wäre. Im Männeraal sind die Betten sogar übereinander gestellt. So müssen wildfremde Menschen, die alle einst auch ihr eigenes Heim gehabt, Hausfrauen, Hausväter, Leute aus den verschiedensten Lebenskreisen, von verschiedensten Bildungstufen Seite an Seite die Nacht verbringen. Keinen Augenblick allein, keinen Augenblick unbeobachtet. Und so leben manche schon zwei und drei Jahre! Da muß jedes Familienleben, ja, jedes Persönlichkeitsleben aufhören! Es ist fast ein Wunder, daß uns nur wenig Verbitterung begegnet, und jedes freundliche Wort, jeder Gändeblick dankbar aufgenommen wird.

Hier haben wir ein Bild des Lebens in den Kollektiven, zu denen in Rußland ein ganzes Volk gepreßt werden soll. Das etwa ist der Zustand, der unseren von russischem Gelde gelebten Kommunisten als Idealzustand vorzeichnet, nur daß ganz gewiß die russischen Kollektive nicht so peinlich sauber gehalten sind wie hier die Massenquartiere in den einstigen Kasernen. Auch soll ja dort an Stelle des Einzelhaushaltes der gemeinsame

Neu

Der L

Durch Notverord

Die preußische in der Verordn. Die Verordn. des Reichspräsidenten, die die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Berechtigter im Reichspräsidenten, die die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die eigene Teile. Der Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Ver

Am umfaßung, der die in der Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Die Notverordnung abgeändert wird, ist nicht in der Zukunft die Notverordnung.

Neuordnung der Gehaltsbezüge.

Der Landtag wird kleiner

Durch Notverordnung — Veröffentlichung der preussischen Sparmaßnahmen.

— Berlin, 15. September

Die preussische Staatsregierung veröffentlicht nunmehr die in der vergangenen Woche verabschiedete Sparverordnung. Die Verordnung fällt fast 30 Seiten der preussischen Gesetzesammlung. Im Anhang enthält sie eine weitere Notverordnung, durch die das preussische Wahlgesetz dahin abgeändert wird, daß für die Wahl eines Abgeordneten in Zukunft nicht mehr 40 000, sondern 60 000 Stimmen erforderlich sind. Für die Verrechnung der Reststimmen gilt in Zukunft die Schlüsselzahl von 20 000 gegenüber 30 000 bisher.

Gerechtfertigt wird diese überraschend gekommene Änderung im Wege der Notverordnung mit den den Ländern vom Reichspräsidenten in der Verordnung zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden erteilten Vollmachten. Praktisch wird sich die Wahlrechtsänderung dahin auswirken, daß der im nächsten Jahre neu zu wählende Landtag bei gleicher Wahlbeteiligung ungefähr hundert Abgeordnete weniger enthalten wird, als der jetzige, 450 Abgeordnete starke.

Die eigentliche Sparverordnung gliedert sich in fünf Teile. Der erste Teil enthält die Änderungen an den Besoldungsgesetzen, der zweite Teil enthält sonstige Maßnahmen zur Sicherung der Haushalte. Der dritte Teil beschäftigt sich mit der Ausgleichszulage, der vierte Teil enthält Sonderbestimmungen für Gemeinden und Gemeindegremien, der fünfte Teil regelt die Gebührenabgaben der Notare neu.

Die Änderung der Besoldungsgesetze.

Am umfangreichsten ist der erste Teil der Notverordnung, der die Änderung der Besoldungsgesetze betrifft und in der Gesetzesammlung allein 13 Seiten umfaßt. Seine wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Die Geistlichen erhalten den vollen Wohnungsgeldzuschuß nur insoweit sie planmäßige Stellen innehaben und Seelsorge ausüben. Für die Gewährung von Kinderbeihilfen für Kinder vom 16. bis 21. Lebensjahre ist die Einkommensgrenze von 40 auf 30 Mark herabgesetzt. Die Anwärterzeit wird auf 10 Jahre, bei Versorgungsanwärtern auf 9 Jahre verlängert. Die Versorgungsanwärter erhalten nicht mehr ein um ein Jahr verbessertes Anwärtergehalt. Die Grundvergütungen der nichtplanmäßigen Beamten werden in den höheren Gehaltsstufen herabgesetzt.

Die Stellenzulagen der Volksschullehrer- und Lehrerinnen betragen in Zukunft für die Leiter von Volksschulen mit mindestens drei Klassen 300 Mark, mindestens acht Klassen 500 Mark, mindestens 16 Klassen 700 Mark; die Konrektor erhalten an Volksschulen mit mindestens 20 Klassen eine Stellenzulage von 300 Mark.

Das Grundgehalt der Mittelschullehrer beträgt in Zukunft 3300—3550—3800—4050—4300—4500—4700—5100—5300—5500 Mark jährlich.

Neben dem Grundgehalt erhalten als ruhegehaltsfähige Stellenzulagen: die Leiter der öffentlichen mittleren Schulen mit mindestens fünf Klassen und vier planmäßigen Schulstellen jährlich 900 Mark; die Leiter kleiner Mittelschulen, Rektoratschulen und höherer Mittelschulen mit vier

oder weniger Klassen und vier oder weniger planmäßigen Schulstellen 400 Mark jährlich; die Konrektoren an den öffentlichen mittleren Schulen mit mindestens zehn Klassen jährlich 300 Mark.

Das Grundgehalt der Gewerbe- und Handelslehrer ist wie bei den Mittelschullehrern festgesetzt. Die ruhegehaltsfähige Stellenzulage beträgt 400 bis 900 Mark.

Der zweite Teil der Verordnung beschäftigt sich mit sonstigen Maßnahmen zur Etat-Sicherung.

Die Hauptbestimmung ist, daß die planmäßigen Beamten und Lehrpersonen zwei Jahre länger als in den geltenden Vorschriften vorgesehen, die Bezüge der Dienstaltersstufe erhalten, nach der sie jetzt, d. h. im September 1931, bezoldet werden.

Kapitel II bringt die Abänderung bestimmter Einzelvorschriften der Besoldung. Danach sind zum Beispiel für Pflegekinder und Enkel Kinderbeihilfen am 1. Oktober nicht mehr neu zu bewilligen. Nach Kapitel III darf eine Zulage künftig nur gewährt werden für Stellen, deren Amtsaufgaben sich durch ihre besondere Verantwortlichkeit oder Schwierigkeit wesentlich über die anderen Stände derselben Gruppe herausheben.

Weiter wird bestimmt, daß die Zahl der gesetzlich oder im Haushaltsplan festgelegten Zulagen der planmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten nach dem obigen Prinzip unter Anlegung des strengsten Maßstabes erneut nachgeprüft wird. Dasselbe gilt für die sachliche Notwendigkeit der übrigen Beförderungstellen.

Kapitel IV ordnet an, daß auf die Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen, die in den Ruhestand treten, das für die unmittelbaren Staatsbeamten jeweils geltende Versorgungsrecht Anwendung findet. Es hebt weiter das Gesetz über die Altersgrenze der Hochschullehrer auf und kürzt endlich die Bezüge der zum 1. Oktober ausscheidenden oder schon früher ausgeschiedenen Hochschullehrer um 10 Prozent.

Kapitel V bringt Änderungen des Schutzpolizeibeamtengesetzes; nach Kapitel VII

finden Beförderungen bis auf weiteres nicht statt und dürfen Beförderungen nur vorgenommen werden, sofern die Beförderung einer Stelle bei den oberen Instanzen oder bei den leitenden oder Einzelstellen anderer Behörden dies erforderlich macht, oder soweit dadurch Beamtenstellen eingepart werden.

Kapitel VIII besagt, daß die tatsächliche Übertragung einer mit obrigkeitlichen Funktionen verbundenen Tätigkeit allein die Beamteneigenschaft nicht begründet und das Beamtenverhältnis nur durch Aushandigung einer Urkunde des Inhaltes „Unter Berufung in das Beamtenverhältnis“ zustandekommt.

Die Paragraphen 2 und 3 dieses Kapitels sehen Verpflichtungen für Beamte mit Ausnahme der richterlichen Beamten und der beamteten Hochschulprofessoren und die Lehrpersonen für die Übernahme eines anderen Amtes, das ihrer Vorbildung entspricht, auch wenn sie mit einem geringen Dienstfeinkommen verbunden sind, vor.

Der dritte Teil der Verordnung behandelt die Ausgleichszulage und endet mit einer Schlussbestimmung folgenden Wortlauts:

„Mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 sind die Bezüge der Beamten, Lehrpersonen und Angestellten nach den Vorschriften des ersten bis dritten Teiles der Sparverordnung neu festzusetzen, soweit nicht ausdrücklich eine andere Regelung getroffen ist.“

Der britische Ministerpräsident MacDonald empfing eine Abordnung arbeitsloser Bergarbeiter.

Heimwehrführer verhaftet.

Auch Fürst Starhemberg — Priemer geflüchtet — Der Zusammenbruch des Putsches.

— Wien, 15. September

Im Zusammenhang mit dem Heimwehrputsch in Oberösterreich und in Steiermark sind umfangreiche Verhaftungen vorgenommen worden. So wurden Fürst Rüdiger von Starhemberg, Gutsbesitzer Coreth, die pensionierten Generale Buchmayer und Englisch-Poparie sowie Stabsleiter Rauter verhaftet und dem Gericht eingeliefert. Nach dem Führer des Putsches, Dr. Priemer, wurde gefahndet, doch konnte der Aufenthaltsort noch nicht ermittelt werden.

Der Zusammenbruch der Aktion veranlaßte dann den Bundesführer Dr. Priemer zur Herausgabe folgenden Befehls:

„An alle Heimatschutzhäupter Oesterreichs!“

Die Notlage des Bauernstandes, das Elend weiter Kreise und der Arbeiterschaft sowie der schaffenden Teile unseres Volkes hat mich veranlaßt, einen letzten Rettungsversuch zu machen, um es vor der Auslandsverflachtung und Niedergang zu bewahren. Obwohl wir nicht nur ganz Steiermark mit Ausnahme von Graz befehligt, sondern weit darüber hinaus gegriffen haben, breche ich, um Blutvergießen zwischen Heimatschutz und Geflüchteten zu vermeiden, die Aktion ab. Alle Heimatschutzabteilungen haben sofort geschlossen in ihre Heimatgemeinden abzurücken. Mein letzter Dank als Bundesführer des Heimatschutzes gilt allen Führern und Kameraden, die gleich mir alles versucht haben, die Idee unseres Heimatschutzes durchzuführen. Insbesondere danke ich allen steierischen Kameraden für ihre unendlichen Opfer, die sie der Bewegung brachten.

Gleichzeitig teile ich mit, daß ich meine Führerstelle dem Heimatschutz zurückgebe.

Bundesstabsleiter Rauter hat seine Funktionen im Heimatschutz ebenfalls niedergelegt.

Der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie und der Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften fordern in einem Aufruf die Entwaffnung der Heimwehren.

Bundeskanzler Buresch, der seine Reise nach Genf infolge der Ereignisse in Steiermark abgesagt hatte, hat nunmehr sich nach Wiederherstellung der Ordnung doch noch nach Genf begeben. In Genf wird Bundeskanzler Buresch über die nachgeforderte neue Anleihe verhandeln.

Tumulte im Sportpalast.

Die sozialdemokratische Kundgebung vorzeitig geschlossen. — Das nervöse Reichsbanner.

— Berlin, 15. September. Die Sozialdemokratische Partei hatte zum Montagabend eine Kundgebung nach dem Sportpalast einberufen, in der den Kommunisten Redefreiheit gewährt werden sollte. Der sozialdemokratische Redner, Reichstagsabgeordneter Rüstler, hatte sich das Thema „Abrechnung mit der KPD“ gestellt. Der Versammlungsbeginn war um 20 Uhr festgesetzt, aber schon um 18 Uhr war der Sportpalast von der Polizei geschlossen worden, da sich, wie später von dem Versammlungsleiter mitgeteilt wurde, bereits gegen 12 Uhr Elemente eingeschlichen hatten, die für Unruhe sorgen wollten. Die Versammlung stand von Anfang an im Zeichen größter Unruhe und endete schließlich mit wilden Tumulten und Schlägereien.

Reichstagsabgeordneter Rüstler warf in seiner Rede den kommunistischen Führern immer wieder Verlogenheit vor und kritisierte insbesondere ihr Eintreten für den Volksentscheid. Das Einheitsfrontgeschrei der Kom-

Roßkopf und der nicht nach Geschlechtern gesonderte allgemeine Schlafraum treten. Im Obdachlosenasyl steht den Frauen eine Reihe von Herden zum Teil im gleichen Aufenthaltsraum zur Verfügung, auf denen freilich 6 bis 8 Familien hocken müssen. Man staunt fast, daß unter solchen Verhältnissen noch etwas vom Familienleben, noch etwas von persönlicher Gestaltung des Lebens möglich ist. Und doch fehlt es daran nicht ganz. Da hat eine Frau den Teil des Tisches, der ihr zur Verfügung steht, mit einem bunten Tuche bedeckt, und ein Blumenstrauß steht darauf. Blumenwäsen mit großen Sträußen stehen auf den allermeisten Borratschränken, sodaß es in diesem sonst so öden, trostlosen Raum etwas von Farbe und Freude gibt. An dem Stüchchen Wand hinter dem Tisch hängen Familienbilder und bunte Sprüche. Zu einer Familie gehört eine alte, verkümmerte Großmutter. Für sie ist ein bequemer Lehnstuhl an die Wand gestellt und auch sonst einiges an Bequemlichkeit geschaffen. Eine andere Familie mit 3 niedlichen Kindern hat die eine Ecke des Zimmers inne. Mit Bildern und Blumen und Kinderpielzeug sieht sie ganz wohl und familienhaft aus. Wer die östlichen Bänke kennt mit ihrem völligen Mangel an Sinn für Sauberkeit und eine wohlige und freundliche Gestaltung des Heimes, der freut sich immer wieder, wie die deutsche Hausfrau auch unter ärmlichsten Verhältnissen es meist versteht, dem Heim einen freundlichen Anstrich zu geben. Die Familie, die die Ecke bewohnte, treffen wir später in der Waschküche. Das Bild, das sich uns bietet, entspricht so recht den kranken Verhältnissen unserer Zeit. Die Frau steht am Waschfaß; der arbeitslose Mann tut ihr allerhand Hilfsdienste und hütet vor allem inzwischen die Kinder, die fröhlich um den Vater her spielen.

Überhaupt die Kinder! Es kribbelt und wimmelt nur so von diesen kleinen und kleinsten Leuten, da es ja meist die kinderreichen Familien sind, die die Miete nicht zahlen können und dadurch obdachlos werden. Es ist geradezu ergreifend, was für ein liebliches, fröhliches Kinderleben unter diesen trostlosen Verhältnissen erblüht ist. Viele der armen Kleinen sehen ja freilich recht vernachlässigt aus, haben Hautausschläge und englische Krankheit. Die meisten aber sind sorgfältig gepflegt und man sieht, daß die Eltern alles tun, um sie vor den Folgen des Lebens im Massenquartier zu bewahren. Späthast ist es, was für ein Sinn sozialer Gerechtigkeit unter dem Völkchen herrscht. Einige Schokoladenplättchen, die wir ver-

teilen, erregen größte Freude, hier, wo es so wenig Freude gibt. Die Kleinen sorgen aber auch gewissenhaft dafür, daß alle etwas bekommen. „Der hat noch nicht! Die hat noch nicht!“, wird uns immer wieder bedeutet, dabei aber auch scharf darauf geachtet, daß niemand, der bereits seine Plättchen erhalten hat, sich noch einmal hergudrängt. Die Stadt sorgt gut für die Kinder. Sowohl in den Baracken wie im Asyl gibt es Kinderhorte und Kleinkinderkassen in freundlichen Räumen, so daß die Kinder doch auch andere Eindrücke als nur das Elend, in dem die Eltern leben, in ihre jungen Seelen aufnehmen. Zu bebauern ist es nur, daß der Kinderhort, der in der schulfreien Zeit erst recht am Plage wäre, auch Ferien macht. Der Hortraum dient zugleich einer wöchentlichen Bibelfunde für die Erwachsenen, und der Pfarrer hat in keinem Teil seines Bezirkes eine so dankbare und aufmerksame Zuhörerschaft wie hier.

Noch ein Bild ist uns vorbehalten, das uns eine Ahnung von der abgrundtiefen Not der Heimatlosigkeit unzähliger unserer Volksgenossen gibt. Die große einstige Reitbahn der französischen Truppen ist in ein gewaltiges Möbelkammerl verwandelt. An den Wänden liegt man noch die Reitanweisungen aus der Besatzungszeit in französischer Sprache. Dort aber, wo einst die Reiter galoppiert, steht jetzt ein Häuflein Hausrat obdachloser Männer und Frauen dichtgedrängt neben dem andern. Von was für einem Stück der Geschichte deutschen Elends erzählen diese Berge von Sachen, die den Kiefernraum bis auf den letzten Winkel füllen! Wieviel Tränen und Enttäuschungen kleben daran! Meist ist es die Einrichtung der Wohnungen der Allerärmsten. Aber es gibt doch auch fast neue Zimmereinrichtungen darunter. Wie hat da manch junges Paar seinen Weg mit viel Hoffnung angefangen, hatte gepart und überlegt, um sich die Einrichtung zu schaffen. Dann aber kam die Arbeitslosigkeit; die Wohnung konnte nicht mehr gehalten werden. Man mußte mit einer kümmerlichen Notwohnung vorliebnehmen oder zu Eltern und Verwandten ziehen. So waren auch die Möbel obdachlos geworden und mußten ins Massenquartier übersiedeln, dieses trostlose Grab vielen menschlichen Glückes.

Wir müssen nun unsere Wanderung durch die Notquartiere abschließen. Ich meine, sie hat uns gezeigt, wie das, was unser Volk an irdischem Gut vor allem braucht, die Erfüllung von Vater Bodenschwings Lösung ist:

„Eigenes Heim auf eigener Scholle für den deutschen Arbeiter“, wie nur das der Weg ist, auf dem er davor bewahrt werden kann, bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit noch heimatlos zu werden, als er schon ohnehin ist. Und doch ist scheinbar weniger Aussicht als je, daß ihm geholfen wird. Um zu sparen, soll die Bautätigkeit bis aufs äußerste eingeschränkt werden. Das bedeutet aber, daß noch mehr unserer Brüder und Schwestern obdachlos werden, und in den Hütten der wilden Siedlungen, in den Lauben der Schrebergärten, in Wohnwagen ein kümmerliches Dasein fristen, oder auch ins schreckliche Massenquartier des Obdachlosenasyls kommen. Es bedeutet, daß die Entwurzelung und Heimatlosigkeit unseres Volkes noch größer wird.

Gibt es denn keinen Weg aus der Not heraus? Es gibt doch wohl nur den der Selbsthilfe, den, daß der deutsche Arbeiter sich mit eigener Hand und mit Hilfe seiner Nachkommen sein Haus baut; den Weg, den die „Heimathilfe“ unter Leitung von Pastor Gustav von Bodelschwingh weist, der hier mithelfen will, das soziale Verhängnis seines Vaters zu erfüllen. Postfach Hannover Nr. 48273.

Wenn wir doch endlich wirklich begreifen wollten, worum es für unser Volk geht, und alles tun, was in unseren Kräften steht, um den Kampf gegen die Obdachlosigkeit und Heimatlosigkeit aufzunehmen und denen die Hände zu füllen, die darin die Führung übernommen haben.

Als wir die Notwohnungen verließen, bot sich uns ein eigenartiges Bild. Eine Schar von Kindern war herzugelaufen, um das süße Plätzchen in Empfang zu nehmen. Einige Mütter standen dabei. Plötzlich knieten alle Frauen nieder, um auch klein zu erscheinen, und streckten wie die Kinder bittend die Hände hin. Es sollte ein Scherz sein. Aber doch schien mir, als läge eine tiefe, sinnbildliche Bedeutung darin: „Ist es nicht so, daß deutsche Mütter, deutsche Väter die Hände ausstrecken und flehen: „Helft uns zu einem Heim, in dem wir wirklich daheim sein können. Helft uns, daß unser Gemüt, in das Gott der Herr solch einen Reichtum, solch einen Sinn für den Wert des Familienlebens gelegt hat, nicht verkümmert und verbittert und wir so nicht eine Beute der umstürzenden Mächte werden, die Leib und Seele morden. Helft uns durch Eure Liebe und Euren Dienst, daß wir wieder an Gott und Menschen glauben können.“

